



Inhaltsverzeichnis

NACHRICHTEN	2
Wie politisch muss die Kirche sein?	2
Ist „Moschee-Schwänzen“ böse und „Klima-Schwänzen“ gut?	3
Pakistanische Christinnen als Sexsklavinnen nach China verschleppt	4
Theologin: Wir haben jahrelang an der Unterschicht vorbeigepredigt	5
Kirchenbezirk Pforzheim-Land lehnt Islam-Papier der Landeskirche ab	6
Koptischer Papst: Wir erwarten eine friedliche Entwicklung	7
Nach Amoklauf: US-Baptisten feiern ersten Gottesdienst in neuer Kirche	7
Was Propheten der Bibel mit Polizisten gemeinsam haben	8
Christen brauchen „echte Retterliebe“	9
Kirchenleiter: Zusammenleben mit Fremden erweitert Horizont	10
USA: Adventist hingerichtet – Er war in der Todeszelle Christ geworden	11
VON PERSONEN	12
Vom Zahnarzt zum Theologen	12
INTERVIEW	13
Wie politisch muss die Kirche sein?	13

NACHRICHTEN

Wie politisch muss die Kirche sein?**Zwei Theologen im idea-Streitgespräch**

Wetzlar (idea) – Zu welchen politischen Fragen soll sich die Kirche äußern? Darüber stritten zwei evangelische Theologen auf Einladung der Evangelischen Nachrichtenagentur idea (Wetzlar): der ARD-Hauptstadtkorrespondent Arnd Henze (Berlin) und der Würzburger Historiker Benjamin Hasselhorn. Henze zufolge ist die Kirche ein wichtiger Akteur der Zivilgesellschaft. Sie solle keine bestimmte Partei unterstützen, sondern ein Gesprächsort für ethische und existenzielle Fragen sein. Henze: „Gerade in einer auseinanderdriftenden Gesellschaft müssen wir Echokammern auflösen und Menschen mit unterschiedlichen Ansichten ins Gespräch bringen.“ Die Kirche betreibe damit Demokratie-Engagement. Derzeit befinde sie sich in einem „globalen Stresstest“. Von den fast acht Milliarden Einwohnern lebten nur noch 350 Millionen Menschen in intakten Demokratien. Henze: „Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit, und wir sind nicht gut darauf vorbereitet, den Angriffen auf die Demokratie durch Populisten von innen und außen – etwa China, Russland, Türkei und Ungarn – entgegenzuwirken. Wir müssen widerstandsfähiger werden.“ Laut Henze ist es nicht die Aufgabe der Predigt, „den Tagesthemen-Kommentar vom Vorabend zu wiederholen“. Die Predigt müsse „nahe an der Wirklichkeit sein, ohne kitschig zu sein oder zu moralisieren“. Wenn die Demokratie zerbrösle und sich Frustration aufstae, müsse man diese Stimmung in der Predigt und bei Diskussionsabenden im Gemeindehaus aufgreifen. Henze: „Die Kirche ist ein wichtiger Akteur der Zivilgesellschaft und kann zum Narrativ des Gelingens beitragen.“ Henze ist Autor des Buches „Kann Kirche Demokratie?“ (Herder).

Theologe Hasselhorn: Die Kirche flüchtet sich ins Politisieren

Seine Ansichten stießen auf den Widerspruch von Hasselhorn. Dieser kritisierte, dass sich die Kirche ins Politisieren flüchtet. Sie vernachlässige dabei die Glaubensfragen. Hasselhorn: „Spitz gesagt: Mich interessiert nicht, was ein Prediger zu Donald Trump zu sagen hat, sondern was er zu meiner Lebensrealität zu sagen hat. Und für mein Leben spielt Donald Trump keine entscheidende Rolle.“ Es gebe bei der evangelischen Kirche „eine Neigung zur Hypermoral und Hybris“. Dies sei besonders der Fall, wenn man die eigene politische Meinung „mit dem Heiligenschein des Evangeliums“ schmücke. Stellungnahmen zu Demokratie und Europa gehörten „überhaupt nicht in die Predigt“. Es helfe der Kirchengemeinde nicht, wenn sie Predigten zur Tagespolitik hören müsse, aber leider passiere das ständig: „Die Leute schalten da innerlich ab.“ Die Aufgabe der Kirche sei es nicht, sich auf eine politische Seite zu stellen, sondern unterschiedliche Positionen unter dem Kreuz zusammenzubringen und zu versöhnen. Die Kirchen müssten „nicht noch mehr Politik, sondern endlich mehr Theologie betreiben“. Hasselhorn verfasste „Das Ende des Luthertums?“ (EVA Leipzig).

(idea/21.05.2019)

Ist „Moschee-Schwänzen“ böse und „Klima-Schwänzen“ gut?

Verfassungsbeschwerde im Streit um einen verweigerten Moscheebesuch

Rendsburg/Karlsruhe (idea) – Ein Ehepaar aus Rendsburg, das einen Sohn von einem Moscheebesuch im Schulunterricht abhielt und deshalb mit einem Bußgeld belegt wurde, hat gegen das Urteil Beschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eingelegt. Das teilte der für das Verfahren bevollmächtigte Rechtsanwalt Alexander Heumann (Düsseldorf) der Evangelischen Nachrichtenagentur idea mit. Zum Hintergrund des Falls: Im Juni 2016 hatten die Eltern des damals 13-jährigen Schülers ihm den Besuch einer Moschee im Erdkundeunterricht verwehrt. Seine siebte Gymnasialklasse besuchte die „Centrum-Moschee“, die Verbindungen zur Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG) mit Berührungspunkten zum radikalen Islam unterhält. Nach Angaben ihres Anwalts befürchteten die Eltern eine „religiöse Indoktrination“ des Kindes, das wie sie selbst konfessionslos ist. Einen Bußgeldbescheid von zunächst 300 Euro verringerte das Amtsgericht Meldorf auf 50 Euro, weil die Eltern von sich aus Ersatzunterricht an der Schule angefragt hatten. Den verweigerte die Schulleiterin jedoch. Außerdem hatte der Junge zuvor nie unentschuldigt gefehlt. Eine Rechtsbeschwerde gegen die Entscheidung des Amtsgerichts lehnte das Oberlandesgericht Schleswig im April ab.

Gehört der Islam in den Schulunterricht?

Zur Begründung der Verfassungsbeschwerde sagte Heumann, das gesamte Verfahren in Schleswig-Holstein verletze seine Mandanten „in ihren Grundrechten, insbesondere in ihrer Religions- und Weltanschauungsfreiheit und in ihrem elterlichen Erziehungsrecht“. Diese Grundrechtsverletzungen habe er mit der Verfassungsbeschwerde gerügt. Ihm gehe es zum einen darum, prüfen zu lassen, ob der Islam „als obligatorischer Unterrichtsstoff für Schüler taugt“. „Zweitens geht es darum, was aus dem Rechtsstaat wird, wenn zum Beispiel ‚böses‘ Moschee-Schwänzen und ‚gutes‘ (FridayForFuture-)Schwänzen unterschiedlich nach politischer Korrektheit beurteilt wird.“ Damit bezieht sich Heumann auf die regelmäßig während der Schulzeit stattfindenden Demonstrationen für eine andere Klimapolitik. Bisher wurden Schüler dafür nicht mit einem Bußgeld belegt. Finanziert werde die Verfassungsbeschwerde „durch viele Unterstützer“, unter anderem den Landesverband der AfD in Hessen. Ohne diese Hilfe ist es laut Heumann nicht möglich, „den Fall nach Karlsruhe und gegebenenfalls später auch vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu tragen“.

(idea/21.05.2019)

Pakistanische Christinnen als Sexsklavinnen nach China verschleppt

Mindestens 300 Frauen sollen betroffen sein

Lahore/Frankfurt am Main (idea) – In den vergangenen Monaten haben Menschenhändler zunehmend Christinnen von Pakistan nach China verschleppt, um sie dort als Sexsklavinnen einzusetzen. Das bestätigte die pakistanische Menschenrechtsanwältin Aneeqa Maria Anthony (Lahore) gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur idea. Mindestens 300 Frauen seien betroffen, die Dunkelziffer könnte jedoch deutlich höher sein – viele Fälle würden aus Scham nicht angezeigt. Sechs von zehn Opfern seien Christinnen, betroffen seien jedoch auch Musliminnen. Häufig vermittelten bei Christinnen vermeintliche Pastoren. Sie versprächen den Frauen eine rosige Zukunft durch eine Ehe mit einem chinesischen Christen. Tatsächlich steckten aber kriminelle chinesische Banden dahinter. „Die Frauen werden noch in Pakistan mit Hilfe von falschen Papieren verheiratet und dann nach China gebracht, um dort als Sexsklavinnen und Prostituierte zu enden“, so Anthony. Die wenigen, die fliehen konnten, hätten davon berichtet, dass sie zur Prostitution gezwungen worden seien. Wenn sie sich weigerten, sei ihnen angedroht worden, sie zu töten und ihre Organe zu verkaufen. Tatsächlich gebe es unbestätigte Berichte darüber, dass dies auch geschehe. Anthony weiter: „Die Polizei und Sicherheitsbehörden in Pakistan versuchen derzeit, so viele Frauen wie möglich vor diesem Schicksal zu schützen.“ So würden an den Flughäfen Frauen überprüft, die mit ihren Ehemännern oder mit einem Visum zum Zweck einer Familienzusammenführung nach China reisten. Niemand wisse genau, wann diese Art des Menschenhandels genau begonnen habe. Journalisten in Pakistan sprächen jedoch von einem deutlichen Trend seit dem vergangenen Jahr, so die Menschenrechtsanwältin.

IGFM: „Je ärmer ihre Familien, umso leichter ist es, die Frauen nach China zu locken“

Pakistan ist nur eines der Länder, aus denen sich chinesische Männer ihre Sexsklavinnen holen. Wie der Vorstandssprecher der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), Martin Lessenthin (Frankfurt am Main) gegenüber idea erklärte, kommt die größte Gruppe aus Nordkorea, jedoch auch aus Vietnam, den Philippinen und Pakistan. Diese Art von Menschenhandel sei eine direkte Folge der lange herrschenden Ein-Kind-Politik Chinas und der Überzeugung, dass Chinesen mehr wert seien als andere Völker. So falle es nicht schwer, Frauen aus diesen Ländern als Arbeitssklavinnen im Haushalt und für Sex auszubeuten. Für alle gelte: „Je ärmer ihre Familien, umso leichter ist es, Frauen nach China zu locken.“ Pakistanische Christinnen würden daher nicht aufgrund ihrer Religion zu bevorzugten Opfern, sondern wegen ihrer wirtschaftlichen Notlage. „Dieser Menschenhandel wird erst dann enden, wenn Pakistans Christen nicht länger als Menschen zweiter Klasse behandelt werden und sowohl Männer als auch Frauen Zugang zu fair bezahlten Jobs bekommen.“ Von den 174 Millionen Einwohnern Pakistans sind etwa 95 Prozent Muslime, zwei Prozent Christen sowie zwei Prozent Hindus.

(idea/21.05.2019)

Theologin: Wir haben jahrelang an der Unterschicht vorbeigepredigt

Zum Missionsfest von DMG interpersonal kamen 1.000 Besucher

Sinsheim (idea) – In Gottesdiensten und Gemeinden ist jahrelang an der Unter- und der unteren Mittelschicht „vorbeigepredigt“ worden. Davon ist die Theologin Birte Papenhausen (Eppstein) überzeugt. Sie äußerte sich beim Frühlingsmissionsfest des Hilfs- und Missionswerks DMG interpersonal (früher: Deutsche Missionsgemeinschaft) in Sinsheim am 19. Mai. Papenhausen, die Theaterstücke nutzt, um die biblische Botschaft zu transportieren, sagte, dass die Kirche sich bemühen müsse, Menschen auf zeitgemäße Weise anzusprechen. Zwei Drittel der Menschen bevorzugten statt einer akademischen eine bildliche und alltagsbezogene Predigt. Papenhausen forderte deshalb eine radikale Wende in der biblisch-theologischen Ausbildung: „Neben dem Akademischen müssen junge Theologen lernen, wie sie der Botschaft mit Interaktion, Schauspiel und viel Herz einen Kontext geben. Wir müssen sie wie Jesus mit Gleichnissen, Biografien und Alltagsgegenständen untermalen.“

Gott sagt Ja zum Menschen

Der Theologe Markus Völker (Peru) betonte vor den rund 1.000 Gästen: „Gott sagt bedingungslos Ja zu dir! Trotz der Sünde.“ Ihm zufolge wendet Gott sich dem Menschen zuerst zu, bevor dieser darauf reagieren könne. Das gelte für alle, „weil er uns geschaffen hat, weil er uns liebt, weil er sich nach Gemeinschaft mit uns sehnt und weil er die Ewigkeit mit uns feiern möchte“, so Völker, der als DMG-Missionar eine globale theologische Fernschularbeit leitet. DMG-Missionsdirektor Günther Beck (Sinsheim) sprach sich für eine ganzheitliche Verkündigung der biblischen Botschaft aus. Nicht nur der Verstand, sondern auch Gefühle und Emotionen müssten dabei angesprochen werden. Schließlich verändere sich die Gesellschaft radikal: Lesen verliere an Bedeutung, während Beobachten und Miterleben wichtiger würden: „Wir müssen mehr aufs Erlebnis bauen, mehr Gemeinschaft haben, essen, spielen, Zeit haben und miteinander verbringen und dabei mitten im Alltag Jesus predigen – mit Leben und Worten“. Die DMG interpersonal zählt mit 350 Mitarbeitern in 80 Ländern zu den größten protestantischen Missionswerken in Deutschland.

(idea/21.05.2019)

Kirchenbezirk Pforzheim-Land lehnt Islam-Papier der Landeskirche ab

Der Islamwissenschaftler Carsten Polanz übt Kritik an dem Gesprächspapier

Keltern (idea) – Die Bezirkssynode des Kirchenbezirks Pforzheim-Land bittet die badische Landessynode, das Gesprächspapier „Muslime und Christen – Gesprächspapier zu einer theologischen Wegbestimmung der Evangelischen Landeskirche in Baden“ in der aktuellen Form nicht zu verabschieden. Dafür haben sich die Delegierten des Kirchenbezirks Pforzheim-Land bei ihrer Frühjahrssynode in Ellmendingen (Keltern bei Pforzheim) mit großer Mehrheit ausgesprochen. Das Papier soll noch bis Ende 2019 diskutiert und 2020 verabschiedet werden. Es wirft nach Ansicht des Kirchenkreises und vieler Kirchengemeinden mehr Fragen auf als es beantworte. Carsten Polanz, wissenschaftlicher Referent am Institut für Islamfragen (Bonn), verfasste ein Gutachten im Auftrag des Kirchenbezirks. Laut Polanz vertritt das Papier einen problematischen Wahrheitspluralismus. Demnach sollten Christen im Islam auch dort wahre Gotteserkenntnis erwarten, wo diese den eigenen Glaubensüberzeugungen widerspricht. Polanz warnte vor einer Vermischung der theologischen und gesellschaftlichen Ebenen des Dialogs. „Für ein friedliches Zusammenleben von Christen und Muslimen bedarf es zumindest aus christlicher Perspektive keiner theologischen Harmonisierung.“ Es genüge der Glaube an die Gottebenbildlichkeit aller Menschen, um Andersgläubige und Andersdenkende zu respektieren und einen „fruchtbaren Dialog“ zu führen. Ein klares Bekenntnis zum eigenen Glauben würden muslimische Gesprächspartner oft viel mehr wertschätzen als ständige Selbstrelativierungen.

Das Papier blendet „real existierende Probleme“ aus

Polanz kritisierte ferner, dass in dem Papier grundsätzlich nicht klar sei, welche Ausprägung des Islams als Gegenüber des Christentums dargestellt werde. Es gebe keinerlei Hilfen zur Einordnung der verschiedenen islamischen Strömungen und potenziellen Dialogpartner. So beschreibe das Papier an vielen Stellen eher ein Wunschbild vom Islam. Laut dem Islamwissenschaftler unterscheiden sich christlicher und muslimischer Glaube fundamental. Das werde deutlich, wenn man „Begriffsschalen“ knacke und konkrete Inhalte benenne. So glaubten Christen, dass Gott sich in Jesus Christus selbst offenbart hat und Kreuz und Auferstehung Jesu im Zentrum des Evangeliums stehen. Man suche aber im Gesprächspapier vergeblich nach einer klaren biblischen Begründung der Kreuzesbotschaft gegenüber typischen muslimischen Einwänden. Ebenso blende die Handreichung das Thema Konversion sowie die Perspektiven und Herausforderungen der zum christlichen Glauben Konvertierten weitgehend aus. Dekan Christoph Glimpel begrüßte den Beschluss der Synode und die vorausgegangenen Diskussionen in den Kirchengemeinden: „Es ging nicht um die Frage, ob wir Dialog wollen oder nicht. Die Ablehnung der Bezirkssynode bezieht sich auf das Gesprächspapier.“ Die konstruktive Kritik von Polanz könne er „voll und ganz unterschreiben“. Eine Neufassung müsse den formulierten Kriterien des Islamwissenschaftlers genügen. „Dialog ist nicht möglich auf der Grundlage ungeklärter Begriffe und unter Aufgabe zentraler eigener Glaubensüberzeugungen.“ Auch der stellvertretende Generalsekretär der Weltweiten Evangelischen Allianz, Thomas Schirmmacher (Bonn), hatte das Gesprächspapier in einem Gutachten kritisiert. Es stelle Islam und Christentum einseitig dar und blende viele Themen aus. Zum Kirchenbezirk Pforzheim-Land gehören 16 Kirchengemeinden mit rund 31.400 Kirchenmitgliedern.

(idea/21.05.2019)

Koptischer Papst: Wir erwarten eine friedliche Entwicklung

Das Oberhaupt der koptisch-orthodoxen Kirche besuchte Deutschland

Unna (idea) – Die koptisch-orthodoxe Kirche erwartet eine friedliche Entwicklung in Ägypten. Das sagte ihr Oberhaupt, Papst Tawadros II., im Gespräch mit der TV-Nachrichtensendung „ideaHeute“. Der 66-Jährige hielt sich bis zum 20. Mai zu einem Besuch in Deutschland auf. In Unna weihte er eine koptische Kirche. Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen werden christliche Kopten in Ägypten verfolgt und bedroht. So würden sie Opfer von Brandschatzungen, Plünderungen, Morden auf offener Straße, Entführungen und sexuellem Missbrauch. Die Behörden zögen die Täter oft nicht zur Rechenschaft, sondern erklärten sie bestenfalls für geisteskrank. Stattdessen würden vielfach die Opfer verhaftet, bedroht und kriminalisiert. Tawadros zufolge sind die Kopten ebenso Teil des ägyptischen Volkes wie ihre muslimischen Landsleute. „Wir versuchen unseren Alltag zu leben wie alle anderen auch“, so der Geistliche. Die Gewalttaten gegen Christen beeinflussten die ganze ägyptische Gesellschaft. Ein Anlass zur Hoffnung sei aber, dass die seit 2014 geltende neue Verfassung des Landes den Kopten mehr Rechte einräume und ihnen erlaube, „sich zu etablieren“. Dadurch werde „mehr Frieden möglich“. In Ägypten leben rund zehn Millionen orthodoxe koptische Christen. Hinzu kommen etwa 300.000 Mitglieder der koptisch-evangelischen Kirche, 200.000 Katholiken, mehr als 100.000 Mitglieder von Pfingstgemeinden, Brüdergemeinden und anglikanischen Gemeinden sowie 40.000 Griechisch-Orthodoxe. Rund 90 Prozent der 94,8 Millionen Einwohner Ägyptens sind Muslime.

(idea/21.05.2019)

Nach Amoklauf: US-Baptisten feiern ersten Gottesdienst in neuer Kirche

2017 hatte ein Attentäter 26 Menschen erschossen

Sutherland Springs (idea) – 18 Monate nach dem Amoklauf in der Ersten Baptistengemeinde von Sutherland Springs im US-Bundesstaat Texas hat sie den ersten Gottesdienst in ihrem neuen Kirchengebäude gefeiert. Rund 500 Personen nahmen teil: Mitglieder, Angehörige der Opfer sowie geladene Gäste aus Kirche und Politik. Das berichtet die Nachrichtenagentur „Associated Press“. Der Attentäter Devin Patrick Kelley war am 5. November 2017 mit einer Schnellfeuerwaffe in den Gottesdienst eingedrungen und hatte 26 der rund 50 Besucher erschossen. Auf der Flucht nahm er sich das Leben. Das Gemeindehaus war danach in eine Gedenkstätte umgewandelt worden. Der Gottesdienstsaal wurde leergeräumt und weiß gestrichen. 26 weiße Stühle markieren jene Stellen, an denen die Opfer gefunden wurden. Das neue Kirchengebäude konnte mit Hilfe von Spenden realisiert werden. Teil der neuen Kirche sind auch zwei Türme. Einer von ihnen enthält die Glocke der alten Kirche und dient als weitere Gedenkstätte. Die Glocke war früher vor dem Gottesdienstbeginn von Kindern geläutet worden, die bei dem Amoklauf getötet wurden.

(idea/21.05.2019)

Was Propheten der Bibel mit Polizisten gemeinsam haben

Christliche Polizeivereinigung: Sie überbringen unangenehme Botschaften

Rehe (idea) – Das Wirken biblischer Propheten hat manche Gemeinsamkeiten mit dem Dienst von Polizisten heute. Davon ist die psychologische Psychotherapeutin Anette Dörr (Koblenz) überzeugt. Beide Personengruppen müssten bereit sein, unangenehme Botschaften zu übermitteln, sagte sie in einem Vortrag auf dem Bundestreffen der Christlichen Polizeivereinigung (CPV) in Rehe/Westerwald. Das Treffen vom 17. bis 19. Mai mit 80 Teilnehmern stand unter dem Motto „Entlastet leben“. Propheten und Polizisten wollten nicht ein möglichst einfaches Leben führen, sondern ihren Auftrag erfüllen, so Dörr. Das Bewusstsein, am richtigen Platz zu sein, erleichtere ihnen den Umgang mit Stresssituationen. Dörr hat langjährige Erfahrungen in der therapeutischen Arbeit mit Opfern, Tätern und Einsatzkräften.

Wie man ein glückliches Leben führt

Der Fernsehpfarrer und Hörfunkjournalist Heiko Bräuning (Ravensburg) sagte, dass es zu einem verantwortlichen Lebensstil dazugehöre, über den Tod nachzudenken. Zur Begründung verwies er auf einen Bibelvers: „Lehre uns bedenken, dass wir sterben müssen, auf dass wir klug werden“ (Psalm 90,12). Wer das beachte, könne ein glückliches Leben führen. Bräuning: „Nicht die Glücklichen sind die Dankbaren, sondern die Dankbaren sind die Glücklichen.“

Wie Himmelslichter leuchten

Der CPV-Vorsitzende, Kriminalhauptkommissar Holger Clas (Hamburg), appellierte an die Besucher, als Christen in der Polizei inmitten der sich immer mehr von christlichen Werten abwendenden Gesellschaft Vorbilder zu sein und damit im übertragenen Sinne „wie Himmelslichter zu leuchten“. Gott wolle und könne das unter ihnen wirken. Auf dem Treffen wurden Clas und der für die internationale Zusammenarbeit zuständige Erste Polizeihauptkommissar Matthias Lehmann (Oberndorf am Neckar) für weitere zwei Jahre in ihren Ämtern bestätigt. Die Christliche Polizeivereinigung hat Verbindungen zu rund 4.000 Polizisten. Ein Freundeskreis umfasst gut 1.500 Personen aus Politik, Wirtschaft, Kirchen und Kultur.

(idea/21.05.2019)

Christen brauchen „echte Retterliebe“

Gemeinschaftstag „Rhein-Main“: Missionarisch leben

Pfungstadt (idea) – Zu einem missionarischen Lebensstil hat der frühere Direktor und Vorstandsvorsitzende von ERF Medien, der Liedermacher Jürgen Werth (Wetzlar), die rund 300 Besucher des Gemeinschaftstages des Evangelischen Gemeinschaftsverbandes Rhein-Main am 19. Mai in Pfungstadt (bei Darmstadt) aufgerufen. Es gebe keine Verkaufsstrategien für das Evangelium. Vielmehr komme es auf die innere Einstellung – das Herz – an, so Werth. Wichtig sei „eine echte Retterliebe“, geprägt von der Sehnsucht, dass Menschen Christen werden und Gott kennenlernen. Werth: „Menschen haben Sehnsucht nach Halt und Sinn und Ewigkeit, nach Angenommenwerden, nach Liebe.“ Christen müssten zur Stelle sein, wenn sie darüber sprechen wollten: „Wir müssen Beziehungen wagen in der Nachbarschaft, am Arbeitsplatz, in der Familie.“ Werth verglich den Lebensstil eines missionarischen Christen mit dem eines Bettlers: „Wir sind Bettler, die anderen Bettlern sagen, wo es etwas zu essen gibt.“

Mitgliederentwicklung ist stabil

Der Vorsitzende des Verbandes, der Unternehmer Rolf Hartmann (Modautal bei Darmstadt), stellte auf dem Treffen fünf neue Gemeinschaftspastoren vor, die dort 2018 ihren Dienst aufgenommen haben. Wie er der Evangelischen Nachrichtenagentur idea sagte, fiel es dem Verband schwerer als bisher, geeignete Bewerber zu finden. Nur zwei hätten an den klassischen pietistischen Ausbildungsstätten – der Evangelischen Hochschule Tabor (Marburg) und der Internationalen Hochschule Liebenzell (Bad Liebenzell) – studiert, die anderen kämen von Bibelschulen und freikirchlichen Gemeinden. Die Mitgliederentwicklung im Verband sei stabil. Der Gemeinschaftsverband Rhein-Main ging Ende 2017 aus dem Zusammenschluss des Stadtmissionsverbandes Frankfurt am Main und dem Starkenburger Gemeinschaftsverband hervor. Er ist an 25 Orten mit 1.100 Mitgliedern und regelmäßigen Besuchern vertreten. Die größte Gemeinde ist die evangelische Personalkirchengemeinde Frankfurt Nord-Ost mit rund 420 Mitgliedern.

(idea/21.05.2019)

Kirchenleiter: Zusammenleben mit Fremden erweitert Horizont „Gemeinsames Wort“ zur Interkulturellen Woche veröffentlicht

München/Bonn (idea) – Das Zusammenleben mit Menschen unterschiedlicher Herkunft bietet eine Chance für persönliches Wachstum. Das erklären führende Kirchenvertreter in einem „Gemeinsamen Wort“ zur Interkulturellen Woche, die vom 22. bis 29. September stattfinden wird. Der Dialog mit Angehörigen anderer Kulturen und Religionen erweitere den Horizont, schreiben die Vorsitzenden der (katholischen) Deutschen Bischofskonferenz, Reinhard Kardinal Marx, des Rates der EKD, Heinrich Bedford-Strohm (beide München), und der Orthodoxen Bischofskonferenz in Deutschland, Metropolit Augoustinos (Bonn). Das Zusammenleben in einer kulturell vielfältigen Gesellschaft sei eine Herausforderung. Jeder Mensch begegne in ihr ständig anderen Menschen, die „in irgendeiner Weise fremd sind“. In dieser Situation sei es eine wichtige Aufgabe, „mit aller Kraft daran zu arbeiten, dass dies zu einem Wachstumsschritt in Richtung eines friedlichen Miteinanders über alle Unterschiedlichkeiten hinweg führt“, so die Kirchenleiter. Sie empfehlen, „jedem Einzelnen mit Aufmerksamkeit und Respekt zu begegnen“. Eine solche Haltung trage dazu bei, „dass in unserer Gesellschaft Gräben der Ignoranz, Mauern der Abschottung und Fronten des Hasses überwunden werden“. Die Interkulturelle Woche steht unter dem Leitthema „Zusammen leben, zusammen wachsen“. Geplant sind mehr als 5.000 Veranstaltungen an über 500 Orten.

(idea/21.05.2019)

USA: Adventist hingerichtet – Er war in der Todeszelle Christ geworden

Donnie Edward Johnson hatte 1984 seine Ehefrau ermordet

Nashville (idea) – Im US-Bundesstaat Tennessee ist ein Mann hingerichtet worden, der vor 35 Jahren seine Ehefrau ermordet hat und in der Haft Christ geworden ist. Donnie Edward Johnson starb am 16. Mai durch eine Giftspritze. Ein zuvor gestelltes Gnadengesuch wegen Gesinnungswandels hatte der Gouverneur des Bundesstaates, der bekennende Christ Bill Lee (Republikaner), zwei Tage vor der Urteilsvollstreckung abgelehnt. Das berichtet die Tageszeitung „Tennessean“ (Nashville). Der 68-jährige Johnson hatte 1984 seiner damals 30-jährigen Frau Connie eine Mülltüte in den Hals gedrückt und erstickt. Nach Angaben der Zeitung wurde der christlich erzogene Johnson im Februar 1985 in Haft Christ und lernte fünf Jahre später den Gefängnisdienst der Adventistengemeinde „Riverside-Kapelle“ (Nashville) kennen und schloss sich ihr an. 2008 habe ihn diese für seine Arbeit unter Häftlingen zum Ältesten (Gemeindeführer) ordiniert. Der Pastor der überwiegend afroamerikanischen Gemeinde, Furman F. Fordham II., erklärte diesen ungewöhnlichen Schritt: „Er hat in der gleichen Art im Gefängnis gedient, wie er es auch in Freiheit in unserer Gemeinde getan hätte und wofür er ordiniert worden wäre.“ Johnson habe im Riverbend-Hochsicherheitsgefängnis (Nashville) eine Bibelstunde geleitet und für die Insassen des Todestraktes das Radioprogramm „Was die Bibel sagt“ gestartet. Sein Lebenswandel änderte sich so deutlich, dass sich nicht nur seine Gemeinde, sondern unter anderen auch die Tochter der Ermordeten, seine Stieftochter Cynthia Vaughn, und der Weltkirchenleiter der Siebenten-Tags-Adventisten, Ted Wilson, für die Aussetzung der Hinrichtung einsetzten.

Singend in den Tod

Wie die „Tennessean“ weiter berichtet, sang Johnson kurz vor seiner Hinrichtung christliche Lieder: „Kein Weinen mehr, wir werden den König sehen. Kein Sterben mehr, wir werden den König sehen.“ Bevor Lee das Gnadengesuch offiziell ablehnte, hatte Johnson Medienberichten zufolge gesagt: „Ich akzeptiere alles, was der Herr zulässt, sogar meinen Tod. Wenn meine Arbeit getan ist, dann bin ich zufrieden.“ Anders als sonst üblich, verzichtete der Todeskandidat auf seine Henkersmahlzeit und aß stattdessen in der Gefängniskantine. Wie er erklärte, solle stattdessen ein Obdachloser seine Mahlzeit erhalten.

(idea/21.05.2019)

VON PERSONEN

Vom Zahnarzt zum Theologen**Leitungswechsel bei den „Freunden Mexikanischer Indianer-Bibelzentren“**

Kernen (idea) – Seit 60 Jahren unterstützt das Missionswerk „Freunde Mexikanischer Indianer-Bibelzentren“ (Kernen im Remstal) Evangelisation und Gemeindegründung unter den Ureinwohnern des mittelamerikanischen Landes. Jetzt kam es nach mehr als drei Jahrzehnten zu einem Wechsel an der Spitze: Neuer Vorsitzender ist der Theologe und Trauerberater Stefan Bitzer (Reutlingen). Die Mitgliederversammlung des Werkes wählte den 49-Jährigen am 18. Mai zum Nachfolger des Zahnarztes Joachim Kauffmann (Kernen). Der 69-Jährige hatte das Amt 36 Jahre lang inne. Bitzer – er ist auch ehrenamtlicher Notfallseelsorger – hatte von 1997 bis 2007 zusammen mit seiner 2008 verstorbenen ersten Frau die Freie evangelische Gemeinde Tübingen gegründet. Er hat vier Kinder im Alter zwischen 13 und 22 Jahren und ist seit 2010 wieder verheiratet. Das Missionswerk „Freunde Mexikanischer Indianer-Bibelzentren“ gehört zur Arbeitsgemeinschaft Evangelikaler Missionen (AEM). Alle Mitarbeiter des Werkes in Deutschland sind ehrenamtlich tätig. In Mexiko hat es zehn Beschäftigte, die in einer Missionsstation und einer Bibelschule arbeiten. Unterstützt wird auch ein evangelikaler Gemeindebund, der etwa 180 Gemeinden in ländlichen Gebieten umfasst. Das ferner missionsärztlich in Mexiko engagierte Missionswerk hat nach eigenen Angaben rund 70 Mitglieder und etwa 300 Spender. Erste Stellvertretende Vorsitzende ist die Ärztin und Missiologin Hanna-Maria Schmalenbach (Tübingen). Als Zweiter Stellvertretender Vorsitzender fungiert der Arzt Hans Mammele (Ingersheim bei Ludwigsburg). In Mexiko gehörten nach einer Volkszählung von 2015 etwa 21,5 Prozent der mexikanischen Bevölkerung zu indigenen Volksgruppen. Von den heute rund 128 Millionen Einwohnern sind 81 Prozent Katholiken und neun Prozent Protestanten.

(idea/21.05.2019)

INTERVIEW

Wie politisch muss die Kirche sein?

Zu welchen Fragen soll sich die Kirche äußern? Darüber stritten auf Einladung der Evangelischen Nachrichtenagentur idea zwei evangelische Theologen: der ARD-Hauptstadtkorrespondent Arnd Henze und der Würzburger Forscher Benjamin Hasselhorn. Das Gespräch moderierte idea-Reporter Karsten Huhn.

idea: Herr Hasselhorn, Herr Henze, wie politisch muss die Kirche sein?

Henze: Der Auftrag der Kirche ist es, die Wirklichkeit in den Horizont der Liebe Gottes zu stellen. Das umfasst das Persönliche und Zwischenmenschliche, aber auch die großen gesellschaftlichen Themen. Das alles muss sich in der Kirche wiederfinden.

Hasselhorn: Ich beobachte, dass sich die Kirche ins Politisieren flüchtet. Dort fühlt sie sich sicherer. Sie vernachlässigt dabei die Glaubensfragen. Spitz gesagt: Mich interessiert nicht, was ein Prediger zu Donald Trump zu sagen hat, sondern was er zu meiner Lebensrealität zu sagen hat. Und für mein Leben spielt Donald Trump keine entscheidende Rolle.

Henze: Donald Trump wäre nie Präsident geworden, wenn er sich nicht auf das Bollwerk der Evangelikalen verlassen könnte, die immer noch mit etwa 75 Prozent hinter ihm stehen. Selbst gemäßigte Protestanten haben überwiegend Trump gewählt. Die Politisierung des Protestantismus haben wir bei Trumps Wahl ebenso erlebt wie bei der Wahl des brasilianischen Präsidenten Bolsonaro, der besonders stark von den Freikirchen unterstützt wurde.

Hasselhorn: Ich halte es nicht für die richtige Antwort, der rechten Politisierung in den USA eine linke Politisierung der evangelischen Kirchen in Deutschland entgegenzusetzen.

Henze: Wo sehen Sie die denn?

Hasselhorn: Politisierung betreibt die evangelische Kirche doch permanent. Die Kirche läuft damit in die falsche Richtung. Und mit Ihrem Buch fordern Sie: „Lauft noch schneller!“ Dagegen wäre mein Rat: „Bleibt stehen und besinnt euch – vielleicht ist die Richtung falsch!“

Henze: Die Kirche soll nicht wie in den USA eine bestimmte Partei unterstützen, sondern vor allem ein Gesprächsort für unsere ethischen und existenziellen Fragen sein. Gerade in einer auseinanderdriftenden Gesellschaft müssen wir Echokammern auflösen und Menschen mit unterschiedlichen Ansichten ins Gespräch bringen. Das ist keine Politisierung der Kirche, sondern Demokratie-Engagement.

Hasselhorn: Die Kirche kann eine Brückenbauer-Funktion ausüben. Das setzt aber voraus, dass sie auch verschiedene Meinungen zulässt. Die EKD selbst hatte ja in einer Veröffentlichung analysiert, dass sich das Meinungsspektrum in der evangelischen Kirche verengt habe.

idea: Sie sprechen von einem Impulspapier der EKD aus dem Jahr 2017.

Hasselhorn: Wenn man eine Streitkultur will, muss man aber auch unterschiedliche Positionen zulassen. In Ihrem Buch, Herr Henze, stehen aber lauter Ausgrenzungsvokabeln, etwa Populist, Menschenfeind, Rassist, Rechtsradikaler. Wenn Menschen von vornherein mit solchen Etiketten belegt werden, schafft man kein gutes Gesprächsklima, sondern Verzagtheit. Die Folge ist, dass viele Menschen sich nicht mehr trauen, etwas zu sagen, weil sie sonst ausgegrenzt werden.

Henze: Ich bezeichne an keiner Stelle Personen als Menschenfeind oder Rassisten. Ich bewerte keine Personen, sondern zeige anhand von Umfragen, dass selbst Menschen, die sich für liberal und tolerant halten, ausgrenzende Einstellungen pflegen. Zum Beispiel sagen überdurchschnittlich viele Kirchgänger, die Innenstädte sollten grundsätzlich für Sinti und Roma gesperrt werden. Das ist verfassungswidrig und eine klare Ausgrenzung von Menschen. Christen sind dagegen leider nicht immun.

Hasselhorn: Ein zentraler Bestandteil christlicher Lehre ist die Sündhaftigkeit des Menschen. Deshalb müssen wir zuerst immer den Balken im eigenen Auge wahrnehmen. Bei Ihnen sehe ich aber die Gefahr, dass Sie im Namen von Inklusion Exklusion betreiben und abweichende Meinungen nicht zulassen.

Henze: Wenn bei einer kirchlichen Diskussionsveranstaltung über Sammelunterkünfte für Flüchtlinge gesprochen wird, muss alles tabufrei auf den Tisch kommen. Es gibt aber eine Trennlinie: wenn Teilnehmer gar keine Probleme lösen wollen, sondern die Probleme nur benutzen, um damit Ressentiments zu schüren.

idea: Herr Henze, Sie sehen die Kirche im „Stresstest“. An welchen Stress denken Sie?

Henze: Wir befinden uns in einem globalen Stresstest. Von den fast acht Milliarden Einwohnern leben nur noch 350 Millionen Menschen in intakten Demokratien. Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit, und wir sind nicht gut darauf vorbereitet, den Angriffen auf die Demokratie durch Populisten von innen und außen – etwa China, Russland, Türkei und Ungarn – entgegenzuwirken. Wir müssen widerstandsfähiger werden!

Hasselhorn: Ich sehe bei der evangelischen Kirche eine Neigung zur Hypermoral und Hybris, besonders wenn ich meine politische Meinung dann auch noch von der Kanzel verkündige und sie mit dem Heiligenschein des Evangeliums schmücke ...

Henze: ... wogegen ich ausdrücklich plädiere!

Hasselhorn: Aber diese Haltung schleicht sich immer wieder ein. Zum Beispiel markieren Sie die osteuropäischen Staaten mit ihrer flüchtlingskritischen Politik als Feind der Kirche.

Henze: Nein, Ungarns Präsident Victor Orbán definiert in seinen Reden das liberale Europa als Feind – mit einer geradezu kriegerischen Rhetorik. Er sagt, es gebe keine Kompromisse zwischen seiner, von ihm so bezeichneten, „illiberalen, christlichen Demokratie“ und dem Europa der offenen Gesellschaft. Auf diesen Angriff müssen wir reagieren.

idea: Ist es Aufgabe der Kirche, für Demokratie und Europa zu werben?

Henze: Die Aufgabe der Predigt ist es nicht, den Tagesthemen-Kommentar vom Vorabend zu wiederholen. Sie muss aber nahe an der Wirklichkeit sein, ohne kitschig zu sein oder zu moralisieren. Verkündiger sollten das Gefühl von Ohnmacht und Ausgeliefertsein aufnehmen und

ermutigen und stärken. Wenn wir erleben, wie die Demokratie zerbröseln und sich Frustration aufstaut, muss man diese Stimmung aufgreifen – auch in der Predigt, aber vor allem beim Diskussionsabend im Gemeindehaus. Die Kirche ist ein wichtiger Akteur der Zivilgesellschaft und kann zum Narrativ des Gelingens beitragen.

Hasselhorn: Für mich gehören Demokratie und Europa überhaupt nicht in die Predigt. Die Kirche sollte keine Propaganda betreiben ...

Henze: Propaganda? Das ist auch ein sehr abwertender Begriff.

Hasselhorn: Sie können den Begriff auch neutral als Werbung verstehen. Es hilft der Kirchengemeinde nicht, wenn sie Predigten zur Tagespolitik hören muss – aber leider passiert das ständig. Die Leute schalten da innerlich ab.

Henze: Ich habe für mein Buch etwa 300 Predigten gelesen – und der überwiegende Teil war unpolitisch.

Hasselhorn: Mag sein, dass ich immer in den falschen Gottesdiensten sitze. Mich interessiert aber noch etwas anderes: Sie sagten, dass sich auch Orbán auf das Christentum berufe. Diese Berufung gibt es also von linker ebenso wie von rechter Seite. Die Aufgabe der Kirche wäre es doch, sich nicht auf eine Seite zu stellen, sondern die unterschiedlichen Positionen unter dem Kreuz zusammenzubringen und zu versöhnen. Diese Haltung, die sich nicht auf die Politik, sondern auf die christlichen Glaubensaussagen konzentriert, verunglimpfen Sie in Ihrem Buch als „religiöse Nische“. Für mich ist diese Nische aber das Zentrum der Kirche, das seit Jahrzehnten vernachlässigt wird. Wie viele Kirchenmitglieder wissen noch, was sie glauben? Führende EKD-Vertreter sprechen von einer „Glaubenskrise“ – und dagegen etwas zu tun, gehört auf die Tagesordnung der Kirche. Also nicht noch mehr Politik, sondern endlich mehr Theologie!

Henze: In der religiösen Nische befindet sich die Kirche für mich, wenn sie nicht nah bei den Menschen ist. Wenn zum Beispiel in einer Kleinstadt der größte Arbeitnehmer Hunderte Stellen streichen will, rührt das die Menschen auf. Wenn die Ortsgemeinde dann mit durchschnittlich 18 Teilnehmern ihre Sonntagsgottesdienste feiert und davon nichts mitbekommt, läuft etwas falsch.

idea: *Muss die Kirche öfter auf die Straße gehen und demonstrieren?*

Henze: Ich habe erst einmal nicht von demonstrieren gesprochen, sondern davon, nah bei den Menschen zu sein.

Hasselhorn: Aber auf welcher Seite steht die Kirche dann? Zum Beispiel hat Bischöfin Kirsten Fehrs in Hamburg gegen den G20-Gipfel demonstriert. Hamburger Kirchenmitglieder sagten mir: Wie kann die Bischöfin an einer Demo teilnehmen, bei der unsere Häuser demoliert werden?

Henze: Ich denke nicht, dass die Bischöfin bei einer Demo dabei war, bei der Häuser demoliert wurden. Es gab ja sehr unterschiedliche Proteste.

Hasselhorn: Selbstverständlich, aber das war das Bild, das sich in den Köpfen festsetzt: Die Bischöfin hat mit ihrer Anwesenheit der Demo kirchliche Legitimität verliehen. Ich halte es für falsch, wenn sich die Kirche in solchen Fällen auf eine Seite schlägt. Ein anderes Beispiel, das mich fassungslos macht, ist der Umgang der Kirche mit der AfD. Wenn es darum geht, Brücken zu bauen, macht die sächsische Landeskirche alles richtig und die Berliner Kirche alles falsch.

idea: Herr Henze, Sie loben in dieser Frage den Berliner Bischof Dröge und kritisieren den sächsischen Bischof Rentzing. Warum?

Henze: Bei der EKBO weiß jeder Pfarrer, der sich für Flüchtlinge und gegen Rechtsextremismus einsetzt, dass er den vollen Rückhalt der gesamten Landeskirche hat. Angesichts des Drucks, unter dem die Pfarrer vor Ort stehen, ist das existenziell wichtig. Diesen Rückhalt spüren die Pfarrer in Sachsen nicht – im Gegenteil! Nach dem schrecklichen Todesfall letztes Jahr in Chemnitz ...

idea: ... bei einem Messerangriff kam ein Mann ums Leben. Hauptbeschuldigter ist ein irakischer Asylbewerber.

Henze: Danach veranstaltete die AfD einen „Trauermarsch“. Dagegen gab es die Demonstration „Herz statt Hetze“, die vom örtlichen CDU-Bundestagsabgeordneten angemeldet wurde. Dennoch hat die Kirche zu einer eigenen Kundgebung aufgerufen. Die Begründung: Wir wollen etwas für Leute anbieten, die weder rechts noch links sind. Ein gleicher Abstand zu allen Seiten ist aber nicht der Ort der Kirche. An diesem Tag hätte sie sagen müssen: Das ist unser Weg, und der andere Weg ist falsch.

Hasselhorn: Das ist genau das, was ich kritisiere! Sie loben auch das Bündnis „Wir sind mehr“. Auf der einen Seite stehen also 15 Prozent AfD-Wähler und auf der anderen mit 85 Prozent alle anderen – das ist für mich typisches Dominanzgehabe. Diese Blockbildung halte ich für gefährlich. Wenn die Kirche sich da auf eine Seite schlägt, löst sie die Probleme nicht, sondern verschärft sie.

Henze: Die kulturelle Dominanz der AfD ist in Teilen Sachsens inzwischen so stark, dass sich die Bevölkerungsmehrheit eingeschüchtert fühlt und in der Debatte kaum noch auftaucht. Die Zivilgesellschaft muss aber gegen das Überschreiten von roten Linien kämpfen.

Hasselhorn: Die roten Linien sind durch das Grundgesetz markiert. Wenn jemand zu Gewalt aufruft, muss der Rechtsstaat eingreifen. Aber wir können nicht schon vorher alle Debatten unterbinden.

Henze: In meinen Veranstaltungen sagen die Leute eine Menge Dinge, die mir einen Schauer über den Rücken laufen lassen. Dazu gehört aber auch das Recht, dem zu widersprechen. Wenn dann der andere sagt: „Siehst du, ich darf das nicht mehr sagen“, hat er die Demokratie nicht richtig verstanden. Ich habe ihm zugehört – aber ich muss ihm nicht zustimmen, sondern kann und muss auch meine Einwände nennen.

Hasselhorn: Ich verstehe nur nicht, warum Sie den Beschluss der sächsischen Landessynode kritisieren, der sich gegen Gewaltandrohungen in politischen Auseinandersetzungen richtet.

Henze: Das kritisiere ich nicht.

Hasselhorn: Sie schreiben, die Formulierung sei so allgemein gehalten, „dass sich ein AfD-Politiker genauso als vermeintliches Opfer fühlen könne wie eine von Nazis bedrohte Flüchtlingshelferin“.

Henze: Sie sind also dafür, die AfD als legitimen Teil des demokratischen Diskurses zu akzeptieren – so wie es der sächsische Bischof macht?

Hasselhorn: Genau das müssen wir!

Henze: Aber wo ziehen Sie eine Grenze? Was ist zum Beispiel mit denen, die mit „Israel ist unser Unglück“-Transparenten umherziehen? Soll die Kirche das unwidersprochen hinnehmen?

Hasselhorn: Als Person widerspreche ich dem natürlich. Aber die Kirche hat das Evangelium zu verkünden. Sie hat ihren Mitgliedern nicht vorzuschreiben, welche Partei sie gut oder schlecht finden soll. Wie man von seinem Wahlrecht Gebrauch macht, ist in das Gewissen des mündigen Bürgers gestellt. Diese Gewissensfreiheit hat den Protestantismus immer ausgezeichnet.

idea: Herr Henze, bei Ihnen habe ich den Eindruck, die Kirche solle ständig zu Bürgerversammlungen einladen.

Henze: Ich habe 20 Jahre lang in meiner Kölner Kirchengemeinde das „Delbrücker Forum“ geleitet. Wir haben in dieser Zeit 111 Veranstaltungen gemacht, zu denen zuletzt durchschnittlich 250 Menschen kamen. Von der Afrika-Politik über UN-Reformen, Globalisierung bis hin zu lokalen Konflikten kam praktisch alles vor. Wir haben dadurch Menschen erreicht, die sonst nie in die Kirche gekommen wären. Über die Jahre haben wir dadurch eine höhere zweistellige Zahl an Kircheneintritten gehabt.

idea: Herr Hasselhorn, bei Ihnen habe ich den Eindruck, dass Sie in eine fromme Innerlichkeit immigrieren und sich nicht für die Welt interessieren.

Hasselhorn: Das ist nicht der Fall! Ich finde das Delbrücker Format auch interessant. Wir bewegen uns auf einen Meinungskrieg zu, und es ist wichtig, miteinander ins Gespräch zu kommen. Die Kirche ist eine der Institutionen, in denen sich Menschen mit unterschiedlichen Meinungen begegnen. Wichtig ist mir nur: Das Gemeinsame der Kirche ist nicht die Politik, sondern der Glaube – und der zerrinnt uns gerade. Wir müssen die Glaubensfragen thematisieren!

idea: Schöpft die Kirche ihr geistliches Potenzial nicht aus?

Henze: Sie schöpft es vor allem da nicht aus, wo sie der Realität nicht mehr gerecht wird. Ein Beispiel ist die Taufe: Meine Frau wurde in der Türkei geboren, und wir wollten für unsere Tochter eine Taufpatin, die aus der alevitischen Tradition kommt. Sofort kam von strengen Protestanten die Frage: Darf die das? Wo das protestantische Reinheitsgebot so streng überwacht wird, darf es nicht wundern, dass dieser Rigorismus ausgrenzend und abstoßend wirkt.

Hasselhorn: Sehen Sie nicht die Gefahr, dass die Kirche da auf eine schiefe Ebene gerät? Wenn sich die Kirche mit ihrer Lehre der jeweiligen Lebensrealität anpasst, kommt sie schnell in Teufels Küche. So entsteht rasch der Eindruck von Beliebigkeit. Ich habe das in einer ganzen Reihe von Konfirmationsgottesdiensten erlebt. Einer gipfelte in dem Bekenntnis eines Konfirmanden „Ich bin froh, evangelisch zu sein, denn evangelisch sein bedeutet, zu glauben, was man will.“ Das ist der Ausverkauf der Kirche! Ich verstehe, dass es der Alevitin nicht gefällt, wenn sie als Taufpatin abgelehnt wird. Aber ist es nicht sinnvoll, wenn eine Taufpatin den christlichen Glauben vertritt?

Henze: In der Taufe geht es vor allem darum, dem Kind die bedingungslose Liebe Gottes zuzusagen. Wenn wir uns an ein homogenes protestantisches Familienideal des vorigen Jahrhunderts klammern, verlieren wir unzählige Menschen. Ich denke, auch für die Kirche gilt der Satz des Liedermachers Wolf Biermann: „Nur wer sich ändert, bleibt sich treu.“

Hasselhorn: Vor kurzem gab es eine Umfrage, wonach nur 67 Prozent der Protestanten an Gott glauben. Ich gebe zu: Ich war positiv überrascht. Ich hatte gedacht, es seien noch weniger. Aber wo hören Sie auf mit der Anpassung?

Henze: Ich finde, die Kirche sollte keine Zollschranke errichten, die man nur passieren darf, wenn man das richtige Bekenntnis abgelegt hat. Dietrich Bonhoeffer sah für die Kirche das „religionslose Christentum“ als eine Perspektive. Erfahrbar wurde das zum Beispiel nach der Katastrophe bei der Loveparade 2010 in Duisburg mit 21 Toten. Dort waren Hunderte von evangelischen und katholischen Notfallseelsorgern bis an die Grenze der Erschöpfung im Einsatz. Es hätte aber nichts gebracht, dort ein Schild hochzuhalten „Erkennst Du Jesus als Deinen Erlöser an?“. Und trotzdem war die Kirche hier ganz bei sich selbst.

Hasselhorn: Dieses religionslose Christentum lässt sich aber nur betreiben, wenn man selbst ein religionsvolles Christentum lebt. Wir müssen doch wissen, woran wir glauben und wovon wir leben. Es gibt einen existenziellen Hunger – und der wird von der Kirche kaum bedient.

idea: Was wünschen Sie sich von der Kirche?

Henze: Die Kirche sollte ihre unverwechselbare Rolle in der Zivilgesellschaft schärfen: 1. Dafür sollte sie die Erinnerungskultur widerstandsfähiger machen, indem sie ihre eigenen blinden Flecke aufarbeitet. 2. Sie sollte ihren Blick für die Realität schärfen, in die hinein das Evangelium gesprochen werden muss. Das schaffen wir nicht im religiösen Rückzugsraum, sondern nur im Alltag der Menschen.

Hasselhorn: Wenn die Kirche in die Welt ausstrahlen will, muss sie sich über den Inhalt ihrer eigenen Botschaft klar sein. Und da herrscht aus meiner Sicht ein riesiges Chaos.

idea: Vielen Dank für das Gespräch!

Arnd Henze (57) studierte Evangelische Theologie und Internationale Politik. Seit 1992 ist er Reporter beim WDR, seit 2012 im ARD-Hauptstadtstudio. Henze ist verheiratet und Vater von drei Kindern. In seinem Buch „Kann Kirche Demokratie?“ (Herder) fordert er die Kirchen dazu auf, „Mut zur Demokratie“ zu machen.

Benjamin Hasselhorn (33) wurde mit Arbeiten in Theologie und Geschichte promoviert. Er arbeitete bei der Stiftung Luthergedenkstätten in Sachsen-Anhalt; seit 2019 forscht er am Lehrstuhl für Neueste Geschichte an der Universität Würzburg. In „Das Ende des Luthertums?“ (EVA Leipzig) kritisiert er den Kurs der evangelischen Kirche.

(idea/21.05.2019)